



Donnerstag, 19. Februar 2026, 16:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Im Wartezimmer des Niedergangs

Wir erleben eine Krise, die offiziell vorbei ist und real jeden Tag spürbarer wird.

von Günther Burbach
Foto: Halfpoint/Shutterstock.com

Offiziell ist die Inflation gesunken. Statistisch beruhigen sich die Kurven, politische Statements

sprechen von Stabilisierung, von vorsichtigem Optimismus. Doch diese Beruhigung existiert vor allem auf dem Papier. In der Lebenswirklichkeit vieler Menschen ist von Entspannung nichts zu spüren. Im Gegenteil: Der Alltag wird teurer, unsicherer und unberechenbarer. Nicht punktuell, sondern strukturell.

Die Lebenshaltungskostenkrise ist keine Momentaufnahme mehr, sondern ein Zustand. Sie hat sich festgesetzt. Sie frisst sich durch alle Bereiche des Alltags: Wohnen, Energie, Lebensmittel, Mobilität, Gesundheit. Und sie wirkt gerade deshalb so zermürbend, weil sie selten spektakulär auftritt. Es ist nicht der eine Schock, sondern die permanente Verschiebung nach oben. Jede Rechnung ein bisschen höher. Jeder Einkauf ein bisschen teurer. Jeder Monat ein bisschen enger.

Politisch wird diese Entwicklung oft mit einem Missverständnis erklärt: Sinkende Inflation bedeutet nicht sinkende Preise. Sie bedeutet lediglich, dass Preise langsamer steigen. Für Menschen, deren Einkommen nicht im selben Tempo gewachsen sind, und das betrifft große Teile der Bevölkerung, ist das kein Trost. Was einmal teurer geworden ist, bleibt teuer. Die „Normalisierung“, von der so gern gesprochen wird, ist in Wahrheit eine Gewöhnung an ein höheres Preisniveau.

Besonders deutlich wird das bei den Fixkosten. Mieten steigen weiter, oft unabhängig von der offiziellen Inflationsrate. Nebenkosten bleiben hoch, Energiepreise schwanken auf einem Niveau, das vor wenigen Jahren noch als Ausnahme galt. Wer einen Großteil seines Einkommens für Wohnen und Heizen aufwenden muss, hat kaum Spielraum. Einsparungen treffen dann nicht Luxus,

sondern Grundbedürfnisse.

Diese Entwicklung trifft nicht nur klassische Niedriglohnhaushalte. Sie greift tief in die Mittelschicht hinein. Menschen, die gearbeitet, vorgesorgt und geplant haben, stellen fest, dass ihre Kalkulationen nicht mehr aufgehen. Rücklagen schmelzen. Konsum wird zurückgestellt. Sicherheit wird zur Illusion. Genau darin liegt die gesellschaftliche Sprengkraft dieser Krise.

Denn während politische Kommunikation oft so tut, als sei das Problem vor allem psychologisch, „gefühlte Inflation“, „verunsicherte Verbraucher“, ist die Ursache handfest. Es geht um reale Preise, reale Rechnungen, reale Verluste an Kaufkraft. Wer das als Wahrnehmungsproblem abtut, verweigert sich der Realität.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der selten offen benannt wird: Die Krise ist extrem ungleich verteilt. Für Wohlhabende bedeutet sie Einschränkung im Konsum. Für andere bedeutet sie Verzicht auf Teilhabe. Während manche ihre Urlaubspläne anpassen, müssen andere entscheiden, ob sie heizen oder sparen. Diese Schere öffnet sich weiter und sie wird politisch kaum adressiert.

Stattdessen dominiert ein Narrativ der Eigenverantwortung. Die Menschen sollen sparsamer sein, bewusster konsumieren, effizienter wirtschaften. Was dabei übersehen wird: Viele haben diesen Spielraum längst ausgeschöpft. Wer wenig hat, kann nicht endlos optimieren. Irgendwann ist nichts mehr da, was man einsparen kann, ohne die eigene Lebensqualität massiv zu beschädigen.

Die Lebenshaltungskostenkrise ist deshalb nicht nur ein ökonomisches, sondern ein politisches Problem. Sie stellt die Frage, wofür Politik eigentlich da ist. Wenn selbst elementare Lebensbereiche zunehmend dem Markt überlassen werden, wenn Preissteigerungen als Naturgesetz hingenommen werden, dann

verliert Politik ihre Schutzfunktion. Sie verwaltet dann nur noch die Folgen.

Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen öffentlicher Debatte und privater Realität. Während in Talkshows über langfristige Strategien, Transformationspfade und Zielmarken diskutiert wird, kämpfen viele Menschen mit sehr kurzfristigen Problemen. Die Miete ist fällig. Die Abschlagszahlung steigt. Der Einkauf sprengt das Budget. Diese Diskrepanz erzeugt Frustration und sie untergräbt Vertrauen.

Hinzu kommt, dass politische Entlastungsmaßnahmen oft punktuell und kompliziert sind. Einmalige Zuschüsse, befristete Rabatte, steuerliche Kleinstkorrekturen. Sie lindern Symptome, verändern aber nicht die Struktur. Die Preise bleiben hoch, die Unsicherheit bleibt bestehen. Was fehlt, ist eine klare politische Antwort auf die Frage: Wie verhindern wir, dass grundlegende Lebenshaltung dauerhaft unbezahlbar wird?

Stattdessen wird die Verantwortung weitergereicht. An Märkte. An internationale Entwicklungen. An geopolitische Lagen. Sicher spielen all diese Faktoren eine Rolle. Aber sie erklären nicht, warum die Lasten fast immer unten ankommen. Warum Profite stabil bleiben oder wachsen, während Haushalte unter Druck geraten. Warum Preissteigerungen schnell weitergegeben werden, Entlastungen aber kaum.

Die Lebenshaltungskostenkrise wirkt deshalb wie ein Brennglas. Sie macht sichtbar, was lange schiefläuft: eine Politik, die auf Wachstum und Märkte vertraut, aber soziale Stabilität als nachrangig behandelt. Eine Ordnung, in der wirtschaftliche Effizienz höher bewertet wird als soziale Resilienz. Und eine Kommunikation, die Probleme kleinredet, statt sie anzugehen.

Eine globale Krise, die lokal einschlägt und politisch verdrängt wird

Die Lebenshaltungskostenkrise ist kein deutsches Sonderproblem, kein europäischer Ausrutscher und auch keine vorübergehende Nachwirkung einzelner Krisenjahre. Sie ist ein globales Phänomen und genau darin liegt ihre politische Sprengkraft. Über Kontinente hinweg steigen die Preise für Energie, Lebensmittel und Grundversorgung schneller als die Einkommen. Das gilt für Industriegesellschaften ebenso wie für Länder des Globalen Südens. Die Unterschiede liegen im Niveau, nicht im Mechanismus.

Was sich derzeit weltweit beobachten lässt, ist eine strukturelle Verschiebung: Kosten werden internationalisiert, Risiken globalisiert, Einkommen aber bleiben lokal begrenzt. Während Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe auf globalen Märkten gehandelt werden, leben Menschen weiterhin in nationalen Lohnsystemen, sozialen Sicherungsnetzen und Mietstrukturen. Diese Entkopplung ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Wirtschaftsordnung, die globale Preisbildung begünstigt, ohne globale soziale Ausgleichsmechanismen zu schaffen.

Besonders sichtbar wird das bei Energie. Gas, Öl und Strom folgen längst nicht mehr primär regionalen Logiken, sondern internationalen Handels- und Finanzströmen. Preisspitzen entstehen nicht dort, wo Energie verbraucht wird, sondern dort, wo sie gehandelt, verknappt oder spekulativ verteuert wird. Ein Konflikt in einer Region, eine Sanktion, eine Umleitung von Lieferströmen und die Auswirkungen sind weltweit spürbar. Haushalte zahlen für Entscheidungen, auf die sie keinerlei Einfluss haben.

Ähnlich verhält es sich bei Lebensmitteln. Agrarrohstoffe werden global gehandelt, Preise entstehen an Börsen, nicht auf Feldern. Dürren, Exportbeschränkungen, Währungsschwankungen oder

geopolitische Spannungen schlagen sich direkt in den Kosten für Brot, Reis oder Öl nieder. Für Menschen mit niedrigen Einkommen bedeutet das nicht Verzicht auf Komfort, sondern existenzielle Unsicherheit. Während politische Debatten häufig nationale Maßnahmen diskutieren, sind die Ursachen längst transnational.

Diese globale Kostendruck-Krise trifft Gesellschaften höchst ungleich. In wohlhabenden Ländern führt sie zu Kaufkraftverlust, sozialer Polarisierung und politischer Frustration. In ärmeren Ländern bedeutet sie Hunger, Instabilität und soziale Unruhen. Doch auch dort, wo der soziale Absturz weniger dramatisch erscheint, sind die Folgen tiefgreifend. Wer permanent mit steigenden Grundkosten konfrontiert ist, verliert Vertrauen – in Märkte, in Institutionen, in Politik.

Auffällig ist, wie ähnlich die politischen Reaktionen weltweit ausfallen. Regierungen beschwichtigen, verweisen auf externe Faktoren, sprechen von temporären Effekten. Die Verantwortung wird externalisiert: auf Kriege, auf Pandemien, auf Märkte. Kaum jemand stellt die grundlegende Frage, ob ein System, das dauerhaft steigende Lebenshaltungskosten produziert, überhaupt noch gesellschaftlich tragfähig ist.

Stattdessen wird die Krise rhetorisch normalisiert. Hohe Preise gelten als neue Realität, Anpassung als Tugend. Wer nicht mithalten kann, soll effizienter leben, sparsamer wirtschaften, flexibler werden. Diese Logik ist global anschlussfähig und global destruktiv. Sie individualisiert ein strukturelles Problem und entpolitisiert eine Entwicklung, die politische Entscheidungen voraussetzt und politische Antworten erfordert.

Die internationale Dimension der Krise macht sie zugleich schwer greifbar. Nationale Regierungen verweisen auf begrenzte Handlungsspielräume, internationale Institutionen auf nationale Zuständigkeiten. Verantwortung zirkuliert, ohne sich festsetzen zu

lassen. Genau das erzeugt den Eindruck, die Krise sei unvermeidlich. Doch Unvermeidlichkeit ist oft nur ein anderes Wort für fehlenden politischen Willen.

Dabei liegen die Ursachen offen zutage: Eine Weltwirtschaft, die Effizienz über Resilienz stellt. Lieferketten, die auf Kostenminimierung statt Stabilität optimiert sind. Finanzmärkte, die Preise treiben, ohne soziale Folgen zu berücksichtigen. Und eine Politik, die diese Strukturen verwaltet, statt sie infrage zu stellen.

Die Verbindung zwischen globalen Entwicklungen und lokalen Wirkungen ist dabei zentral. Steigende Energiepreise auf dem Weltmarkt schlagen sich in Nebenkostenabrechnungen nieder. Globale Nahrungsmittelpreise bestimmen den Einkaufszettel. Internationale Zinspolitik beeinflusst Mieten und Immobilienmärkte. Was abstrakt klingt, wird im Alltag konkret und genau deshalb politisch explosiv.

Die Gefahr dieser Entwicklung liegt nicht nur in materieller Not, sondern in der Erosion gesellschaftlicher Stabilität. Wenn immer mehr Menschen den Eindruck gewinnen, dass Arbeit nicht mehr schützt, dass Sparen sinnlos wird und dass Politik keinen Einfluss mehr auf zentrale Lebensbereiche hat, entstehen Legitimationsprobleme. Weltweit lassen sich solche Prozesse beobachten: von Protesten über Wahlverschiebungen bis hin zu wachsender Politikverdrossenheit.

Die Lebenshaltungskostenkrise ist deshalb kein isoliertes ökonomisches Phänomen, sondern ein Symptom einer tieferliegenden Schieflage. Sie zeigt, dass eine globalisierte Wirtschaft ohne global gedachte soziale Sicherung an ihre Grenzen stößt. Dass Märkte, die Preise globalisieren, ohne Einkommen mitzunehmen, gesellschaftliche Spannungen produzieren. Und dass Politik, die diese Zusammenhänge nicht offen benennt, an Glaubwürdigkeit verliert.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.